Politik im Blick

CDU

14.07.2013

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

Hurra, Ferien! - Wer kann sich nicht an dieses Gefühl von Freiheit und Abenteuer erinnern?

Paukerei, sehr frühes Aufstehen, wenig Freizeit, damit ist erst einmal für einen Schüler, eine Schülerin gefühlt unglaublich lange Zeit Schluss. Erst im August beginnt das neue Schuljahr 2013/2014. Und jedes neue Schuljahr bedeutet auch wieder die Möglichkeit für einen neuen Anfang. Die meisten Schülerinnen und Schüler sehen das so und freuen sich wieder darauf, ihre Klassenkameraden/-innen wiederzusehen.

Ob das gleichermaßen für die Schulpolitik gilt, werden viele unterschiedlich beurteilen!

Nach den Sommerferien wird jedenfalls die schulpolitische Weichenstellung der SPD-geführten Landesregierung deutlich werden. Es kommt einiges auf die Eltern, auf die Schüler/-innen, die Lehrerschaft und auf die kommunale Schulträgerschaft zu. Da die Auswirkungen von Schulpolitik aber erst nach vielen Jahren für den Außenstehenden erkennbar sind, kann sich dieser häufig nicht mehr an die eigentlichen Ursachen für die Entwicklungen erinnern. Angesichts der radikalen Veränderungspläne von Rot-Grün legen wir gesteigerten Wert darauf, **jetzt** auf Fehlentscheidungen hinzuweisen, die die Rahmenbedingungen für Schule in unserem Land dauerhaft nachteilig beeinflussen werden.

Deshalb ist dieser „Ferien-Newsletter“ dem Schwerpunktthema Schule gewidmet. Wenn Sie uns Anregungen, Fragen oder auch kritische Beiträge zu den Gastbeiträgen und Statements zusenden wollen, so schreiben Sie uns. Wir freuen uns darauf und werden umgehend antworten!

Ihre

Neuer Politikstil Landesregierung

Gastbeitrag: Dorothea Bertling, Realschuldirektorin a.D.

Wer beim Lesen des Koalitionsvertrages von Rot-Grün geschockt wurde, hat inzwischen die Bestätigung – besonders nach der letzten Anhörung zum Thema „Schule“ im Landtag.

Die Landesregierung setzt rigoros ihre ideologisch geprägte Linie durch - z.B. durch Auflösung der Förderschulen (ab 2014/2015 die Schwerpunkte Sprache und Lernen) und damit **Abschaffung der Wahlmöglichkeit** für Eltern. Hilfe für die betroffenen Kinder entfällt; sie sind in großen Lerngruppen mit nur wenigen sonderpädagogisch gelenkten Unterrichtsstunden an Regelschulen eher sich selbst überlassen. Die zuständigen Pädagogen mit bis zu 26 Schülern in einer Grundschulklasse etwa sind überfordert! Die formale Gleichstellung der Schüler mit Handicap (bisher in Förderklassen mit 14 bis 16 Schülern) ist in Wahrheit eine Benachteiligung. Sieht so „gleichberechtigte Teilhabe“ aus?

Die gleiche Frage stellt sich bei der Neugründung von Integrierten Gesamtschulen (IGS). Im ganzen Land (besonders im östlichen Niedersachsen) gibt es bis 2020 bis zu 40 % weniger Schüler – gleichzeitig sollen etwa 50 neue Gesamtschulen eingerichtet werden – als „ersetzende“ Schulen.

. . .

Politik im Blick

CDU

Damit verlieren künftig weitere Realschulen (RS) und Hauptschulen (HS) sowie Oberschulen ihre Schüler, bestehende Schulen werden geschlossen, bald auch Gymnasien, weil sie laut Schulgesetz durch eine IGS ersetzt werden können. Wieder wird die Wahlmöglichkeit der Eltern aufgehoben. Die zusätzlichen Kosten dafür (nach Angabe der Landesregierung 12,6 Mio. Euro pro Jahr in dieser Legislaturperiode) sind reine Mehrkosten für Beförderungsstellen an Gesamtschulen – davon profitiert kein einziger Schüler. Und dabei haben alle vergleichenden Schuluntersuchungen (PISA-E u.a.) den Gesamtschulen schlechtere Lernerfolge nachgewiesen. Ihr Niveau haben sie damit „gerettet“, dass bei höheren Anmeldezahlen massenhaft HS-empfohlene Schüler abgewiesen werden konnten (die berüchtigte Topfbildung).

Die **angebliche Transparenz** der Regierung bedeutet z.B.: ein „Dialog-Forum Inklusion“ wird vorbereitet. Dazu wurden lediglich zwei Verbände angehört, aber weder Elternvertreter noch Verbände der gegliederten Schulformen. Die bisherige demokratische Handhabung bei Gesetzesänderungen verkommt zu „Akklamation durch regierungsfreundliche Gruppen“ – die eigene Ideologie wird im Parlament durchgepaukt. Dasselbe gilt für die Schulgesetznovelle vom April/Mai.

Besorgte Parlamentarier der Opposition erhielten bei Anfragen folgende Antwort der Ministerin: „Die Wahlmöglichkeit der Erziehungsberechtigten in Bezug auf die Frage, welche Schulform die Schülerinnen und Schüler besuchen sollen, kann im Übrigen nur dort bestehen, wo es verschiedene Schulformen zur Auswahl gibt“.

Und die Beseitigung der Vielfalt gelingt da besonders gut, wo Schulträger und Landesregierung dieselbe politische Richtung vertreten!!!

Für den Landkreis Helmstedt ist weiter zu erwarten:

- Gefährdung der Förderschule Wichernschule und ihrer Außenstellen – die Umwandlung in ein „Förderzentrum“ dient nur Organisationszwecken; Unterricht findet dann dort kaum noch statt.
- Gründung einer (3-zügigen?) IGS in Königslutter – Abschaffung von Haupt- und Realschule; weniger Gymnasialschüler in Helmstedt und Schöningen; das Angebot von Oberstufenprofilen muss reduziert werden.
- Schließung der HS Lutherschule in Helmstedt – Gefährdung der Lademann-Realschule.
- Schöningen: Gefährdung des Gymnasiums Anna-Sophianeum.

Die Schulstandorte Velpke und Lehre „erledigen“ sich selbst durch Abwanderung der Schüler nach Wolfsburg und Braunschweig.

Politik im Blick

CDU

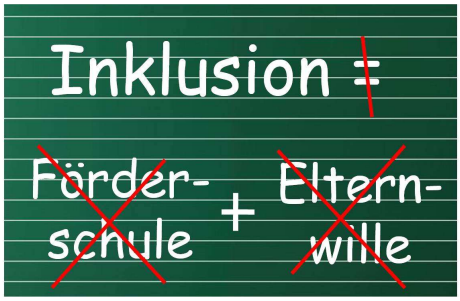
Kommentar von

Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion:

Anstatt über Qualität in der Bildung, über kleinere Klassen und bessere Lehrerausstattung zu diskutieren, erleben wir mit der neuen Rot-Grünen Landesregierung in Niedersachsen wieder einen Flächenbrand der Schulstrukturdiskussion. Anstatt auf Vielfalt wird auf Einheit gesetzt und das sollte uns alle nachdenklich machen. Bildungsgerechtigkeit lässt sich nicht durch Gleichmacherei oder Umverteilung erreichen. Denn zum Glück sind wir alle eben nicht gleich, sondern verschieden. Wollen wir vor Ort wirklich nur noch eine Schulform? Nur noch Gesamtschulen und den Einheitslehrer für alle? Jeder sollte bei der Diskussion darüber nachdenken, ob auf das örtliche Gymnasium, die vorhandenen Haupt-, Real- und Oberschulen verzichtet werden kann und soll? Ob wir die hohe Kompetenz der Angebote der Förderschulen nicht mehr benötigen? Müssen wir nicht alles für eine individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes tun und für die Vielfalt unseres Bildungssystems eintreten? Die neue Landesregierung wird das nicht von alleine tun. Nur für Gesamtschulen wird es zukünftig einen Bestandsschutz geben, jede andere Schulform steht zukünftig auf der roten Liste, wenn wir nicht etwas dagegen tun.

Der Weg zur inklusiven Schule

Wir haben bereits mehrfach zum Thema Inklusion informiert. Der Niedersächsische Landtag hatte 2012 parteiübergreifend die Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes beschlossen, um den Weg zur inklusiven Schule zu eröffnen. Die tatsächliche Umsetzung liegt nunmehr aber in der Verantwortung einer Rot-Grün-geführten Landesregierung. Der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün selbst war zu entnehmen, dass „die Förderschulen im Dialog mit den Beteiligten schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen überführt werden sollen. Den Auftakt bilden ab dem Schuljahr 2014/15 die Förderschulen mit den Schwerpunkten Sprache und Emotionale und Soziale Entwicklung sowie Lernen im Sekundarbereich I.“ Dieses Vorhaben ist weitergehend als der in 2012 verabschiedete Gesetzentwurf und ist folglich nicht durch die bislang vorgenommene Änderung zum Schulgesetz und den bislang auf den Weg gebrachten untergesetzlichen Regelungen abgedeckt.



Diese Veränderung betrachten wir mit Sorge! Dieses Vorhaben geht einher mit der Abschaffung der Förderschulen mit den genannten Schwerpunkten. In der Konsequenz der Schließung dieser Schulen wird den Eltern der gesetzlich legitimierte Elternwille zur freien Schulwahl entzogen! So sehr eine gemeinsame Beschulung der Kinder auch wünschenswert ist, wird es immer auch Eltern geben, die für ihr Kind den Schutzraum Förderschule anwählen möchten und das mit dem vordringlichen Blick auf das Kindeswohl. Und dieses Kindeswohl muss unabhängig ideologischer politischer Vorhaben oberste Priorität haben. Der von der Frauen Union initiierte Antrag des CDU-Kreisverbandes Helmstedt auf Erhalt der Wahlmöglichkeit wird im Rahmen des Landesparteitages der CDU Niedersachsen beraten.

Die Formulierung in der Koalitionsvereinbarung ließ darauf schließen, dass eine pauschale Abschaffung der Förderschulen angestrebt war. Hier scheint man aber „zurückrudern“ zu wollen, denn in einer Antwort auf eine Anfrage im Landtag ist von „behutsamer und verantwortbarer“ Vorgehensweise zu lesen - was immer das in „Rot-Grüner Realität auch zu bedeuten habe. Von dem Gedanken, auch die Förderschule mit dem Schwerpunkt Emotional und Sozial abzuschaffen, hat man sich scheinbar verabschiedet, aber der neue Ansatz, diese Schulen als „Durchgangsschulen mit Rückführungsanspruch“ zu gestalten, lässt

...

auch nichts Gutes vermuten. In der Umsetzung wird das bedeuten, dass man Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf von allgemein bildender Schule an die Durchgangsschule verweist und versucht, sie an dieser Durchgangsschule wieder auf eine Beschulung an der ursprünglichen allgemeinen Schule vorzubereiten. Es sei verziehen, aber diese Begrifflichkeit lässt Bilder eines Gegenstandes aufkommen, bei dem man ein “Tuning“ vornimmt, um ihn nach seinen Vorstellungen nutzen zu können. Das kann nicht Ziel einer verantwortungsbewussten und an dem Wohl eines Kindes ausgerichteten Schulsystems sein. Und wird dieses „Tuning“ dann den Kindern zuteil, deren Eltern der Elternwille entsagt wurde?

Die UN-Konvention gibt vor, dass die Voraussetzungen zur Teilhabe an einem inklusiven Bildungssystem zu schaffen sind. Die UN-Konvention ist aber nicht als grundsätzlicher Zwang in der Weise zu verstehen, dass sie von jedem Betroffenen umzusetzen sind. Letztlich muss einem Jedem zugestanden sein, selbst frei zu wählen. Und wenn man das Wohl unserer Kinder vor Augen hat, so muss es auch künftig ein paralleles System geben, um Kindern auf Wunsch der Eltern die Förderung via Förderschulen zuteil werden zu lassen. Über das Bildungssystem darf keine Pauschalisierung mit Blick auf bestehende schulische Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder mit Handicaps erfolgen, wichtig ist es vielmehr, das jeweilige Kind individuell zu sehen und in der Folge auch individuell den Bildungsgang zu wählen.

Die CDU-geführte Landesregierung hatte daher auch angestrebt, Schwerpunktschulen zu bilden, um in den Landkreisen grundsätzlich die Möglichkeit einer förderpädagogischen Beschulung von Kindern zu ermöglichen, wenn es die Eltern wünschen. Die jetzt in der Diskussion stehenden Förderzentren haben aber nichts mit einem derartigen Angebot zu tun. Förderzentren werden Schulen mit Lehrkräften sein, die dort „verwaltet“ und zum Einsatz gebracht werden - Schulen ohne Schüler!

Herzlich Willkommen! 歡 迎 光 臨

Chinesische Schülerinnen und Schüler am Gymnasium Bötschenberg in Helmstedt

Rolf Reinemann, der ehemalige langjährige Helmstedter CDU-Landtagsabgeordnete, war es, der wesentlich die Idee des China-Projektes am Gymnasium am Bötschenberg (GaBö) auf den Weg und zum Laufen brachte. Zwischenzeitlich gibt es parteiübergreifend viele Förderer und Unterstützer.

Inhalt des Projektes ist die gleichzeitige gymnasiale Oberstufenbeschulung von chinesischen und Schülerinnen und Schülern aus unserem Landkreis auf dem Bötschenberg. Es knüpft an den ehemaligen Internatsbetrieb auf dem Bötschenberg an und führt zugleich zu einer stark internationalen Prägung des Bildungsstandortes Helmstedt verbunden mit der Chance auf dauerhaft gute Beziehungen zum Heimatland der chinesischen Schülerinnen und Schüler. Dies kann weitere Optionen eröffnen, auch in der Nachbarschaft zum Konzern Volkswagen, der sich stark auf dem chinesischen Markt engagiert.

Zur Zeit befinden sich 34 Schülerinnen und Schüler aus der Provinz Zhe Jang in Helmstedt. Sie werden ab dem kommenden Schuljahr gemeinsam mit ihren deutschen Klassenkameraden/-innen die Oberstufe des Gymnasiums im Echtbetrieb mit dem Ziel durchlaufen, ein deutsches Abitur als Abschluss zu erhalten und damit die Voraussetzung für ein Studium, wahrscheinlich ebenfalls in Deutschland, zu schaffen.

Das Projekt ist auf 10 Jahre angelegt. Jedes weitere Schuljahr sollen jeweils 25 chinesische Schülerinnen und Schüler hinzukommen.

Dieses anspruchsvolle Vorhaben wurde im vergangenen Jahr durch das Kultusministerium genehmigt. Voraussetzung für die nach langwierigen Verhandlungen erteilte Genehmigung durch Herrn Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister a.D., war die Festschreibung bestimmter Qualitätskriterien in Verantwortung für die ausländischen Schülerinnen und Schüler.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass weder das Land Niedersachsen, noch der Landkreis Helmstedt oder die Stadt Helmstedt Träger dieses Projektes sind. Träger ist vielmehr die KulturManagement GaBö GmbH, die die Finanzierung, die Unterbringung und Verpflegung, die Personenrechtssorge und vieles mehr regelt und vor allem verantwortet.

Nun ist der Schulstart 2013/2014 am GaBö ins Gerede gekommen, weil wegen der Festschreibung der Vierzügigkeit für das GaBö dort nicht ausreichend Schulplätze für alle nachfragenden Schülerinnen und Schüler vorhanden sind. Infolgedessen mussten die Plätze verlost werden; über 30 deutsche Schülerinnen und Schüler wurden kurzfristig abgewiesen. Dies führte zu erheblichen Unmutsäußerungen von deutschen Eltern, die nicht einsehen, dass ihre Kinder zugunsten der „gesetzten Chinesen“ zurückstehen sollen. Über Ursachen der im Ergebnis offensichtlichen Panne und entsprechende Schuldzuweisungen wurde in der Braunschweiger Zeitung berichtet; offene Briefe von Eltern und Leserbriefe machten die Runde.

Festzuhalten bleibt:

1. Das GaBö wurde bereits im vergangenen Jahr mit Kenntnis des Landkreises in der entsprechenden Stufe fünfzügig geführt, und das trotz des Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2006, der eine Vierzügigkeit vorsieht. Das wusste die Schule ebenso wie der Landkreis als Schulträger.

2. Die Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten David McAllister hatte bereits im vergangenen Jahr entschieden, die Anzahl der Schüler in den Klassen zu reduzieren, um damit die Rahmenbedingungen für das Lernen in den Klassen deutlich zu verbessern. Der Klassenbildungserlass hierzu ist allen Beteiligten in den Schulen, dem Landkreis als Schulträger, natürlich auch den Politikern, insbesondere Herrn MdL Uwe Strümpel als Bildungspolitiker und ehemaligem Schulleiter, seit langem bekannt.

3. Wenn sich der Kreisausschuss am kommenden Montag der Problematik widmet und für das Jahr 2013/2014 eine weitere Ausnahme von der Vierzügigkeit beschließt, gleicht das der Pannenhilfe des ADAC; gelbe Engel, sie bringen das liegengebliebene Fahrzeug kurzfristig wieder in Gang. Für die gemeinsame Beschulung von deutschen und chinesischen Schülern in Helmstedt sind darüber hinaus grundsätzliche Prüfungen zur dauerhaften Funktionssicherung notwendig.

4. Das „China-Projekt“ ist, wie oben dargelegt, auf 10 Jahre ausgelegt. Der Erfolg hängt neben der verlässlichen Beschulung auch von einem ausgewogenen Mischungsverhältnis zwischen chinesischen und deutschen Schülern ab. Das müssen die Entscheidungsträger im Blick behalten, sonst bleibt die sicher gut gemeinte „Pannenhilfe“ für 2013/2014 Vorspiel für Dauerschäden, die im schlimmsten Fall zum Entzug der Fahrerlaubnis führen können.

Wer kann so etwas wollen?

Elisabeth Heister-Neumann

„Zum Thema 5-Zügigkeit am GaBö ist zu sagen, dass die CDU-Fraktion im Kreistag zu keinen Beratungen mit der Verwaltung oder dem Landrat oder den Mehrheitsfraktionen im Kreistag geladen war und davon ausgegangen wurde, dass die im letzten Jahr gefundene Regelung auch im Schuljahr 2013/2014 fortgesetzt werden kann.

Informationen zur Entwicklung der Schülerzahlen am GaBö oder zum Losverfahren sind in keiner Schulausschusssitzung des Landkreises von der Verwaltung thematisiert worden.

Die CDU-Fraktion im Kreistag befürwortet die projektbezogene Erweiterung auf eine 5-Zügigkeit am GaBö, die auch in den nächsten Jahren gelten sollte. Diese wird ein Thema für die Zukunft sein.“

Dorothea Dannehl
Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion

Politik im Blick

CDU

Schulentwicklungsplanung im Landkreis Helmstedt

- Stand Juni 2013 gem. Beschlussfassung in der letzten Kreistagssitzung -

Auch wenn die mögliche Fusion mit Wolfsburg schwerlich aus den "Hinterköpfen" wegzudenken ist, versucht eine Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung derzeit, erste Leitsätze für eine Schulentwicklungsplanung aufzustellen:

1. Der Landkreis Helmstedt möchte ein für alle Beteiligten attraktives Schulangebot bieten.
2. Zur Sicherstellung eines attraktiven Schulangebotes bedarf es eines Einklangs von zu bewirtschaftender Fläche, demographischen Gegebenheiten, aktueller Standards und pädagogischer Weiterentwicklung.
3. Es ist politischer Wille, dass die durch Verminderung von Schulflächen eingesparten Haushaltsmittel auch spürbar der Schulqualität zu Gute kommen.
4. Im Sekundarbereich I soll an den Standorten Helmstedt, Königslutter und Schöningen ein Angebot vorgehalten werden; Lehre und Velpke werden gesondert betrachtet.
5. Einzügige Systeme sollen die Ausnahme darstellen.
6. An den Standorten Helmstedt und Schöningen soll ein Angebot im Sekundarbereich II vorgehalten werden, so lange es die Schülerzahlen sinnvoll zulassen.

Offen ist derzeit noch die Diskussion, ob Schulbezirke aufgehoben werden sollen oder nicht bzw. ob ein Neuzuschnitt sinnvoller wäre.

Norbert Dinter
Mitglied des Kreistages
2. stellv. Landrat

Auf dem Weg zum gemeinsamen Erfolg . . .

Auf Einladung unseres Bundestagskandidaten Günter Lach, Mitglied des Deutschen Bundestages, trafen sich die Verbandsvorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Helmstedt am 29.06.2013 im Helmstedter Schützenhaus. Bei rustikalem Frühstück stellte uns Günter Lach seine Ideen für den bevorstehenden Wahlkampf vor. Wir freuen uns auf einen erfolgreichen gemeinsamen Wahlkampf mit Günter Lach. Wir sind bereit dafür anzutreten, dass Günter Lach unsere gemeinsamen Interessen im Wahlkreis 51 weiterhin erfolgreich in Berlin vertritt und mit einem Erfolg der CDU die erfolgreiche Arbeit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel fortgesetzt wird!

Stabwechsel bei der Frauen Union im CDU-Landesverband Braunschweig

Anlässlich der Delegiertentagung der Frauen Union im CDU-Landesverband Braunschweig informierten sich zunächst die zahlreichen Delegierten auf dem Hof von Familie Decker in Bierbergen über die Arbeitsabläufe der betriebenen Biogasanlage. Die Delegiertentagung selbst erfolgte im Anschluss bei Fa. Autohaus Golla in Ohlum. Es war die letzte Delegiertentagung, die Dorothea Dannehl als Vorsitzende bis zu den Vorstandswahlen leitete, sie hatte signalisiert, das Staffelholz übergeben zu wollen. Marion Overmöhle-Mühlbach wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Wir sagen Danke für die von Dorothea Dannehl geleistete Arbeit und wünschen Marion Overmöhle-Mühlbach viel Erfolg und auch Freude zusammen mit dem insgesamt neu gewählten Vorstand!

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Elisabeth Heister-Neumann
Vorsitzende des
CDU-Kreisverbandes Helmstedt

REDAKTION:
Sabrina Wachsmann
Pressereferentin des
CDU-Kreisverbandes Helmstedt
sabrina.wachsmann@web.de, Tel.: 0162 9137037